

# Kurzmeldungen



## **Griechenland: Regierung plant weitreichende Regularisierung**

Der griechische Migrationsminister Dimitris Kairidis hat Pläne für ein umfangreiches Regularisierungsprogramm angekündigt, das auf den Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft, im Baugewerbe und im Tourismus abzielen soll. Dieses Programm würde sich an rund 300.000 undokumentierte Migrant:innen richten, darunter auch Menschen mit abgelaufenen Aufenthaltsgenehmigungen. Die Initiative zielt darauf ab, die öffent-

lichen Einnahmen durch Lohnsteuern und -beiträge zu steigern und gleichzeitig den Arbeitskräftemangel zu bekämpfen. Der Minister wolle „keine neuen Anreize für weitere illegale (Migranten-)Ströme schaffen, denn darin besteht die Gefahr“. Zudem gelte es, Schwarzarbeit zu verringern.

## **EU: Mögliche Revision der EU-Opferrechte**

(Picum) Die Europäische Kommission hat eine Überarbeitung der Opferschutzrichtlinie beantragt – ein

Gesetz, welches allen Opfern diskriminierungsfreien Zugang zu Informationen, Unterstützung und Schutz sicherstellt. Der Revisionsentwurf zielt unter anderem darauf ab, sicherere Meldemechanismen für undokumentierte Migrant:innen zu schaffen, indem er Behörden verbietet, sie vor einer individuellen Bedarfserhebung der Einwanderungsbehörde zu melden. Dies stellt zwar einen Fortschritt dar, erlaubt jedoch immer noch die Übermittlung von Daten an die Einwanderungsbehörde. Der Vorschlag soll in



den kommenden Monaten vom Europäischen Parlament sowie dem Rat bearbeitet werden.

### **Studie: Saisoniers finanzieren Sozialversicherung, ohne davon zu profitieren**

(Picum) Eine Studie des *European Trade Union Institutes (unabhängiges Recherche- und Trainingszentrum der europäischen Gewerkschaften)* zeigt, dass kurzfristig beschäftigte Nicht-EU-Arbeitnehmer:innen oft von der Sozialversicherung ausgeschlossen und gegen bestimmte Risiken nicht abgesichert sind, obwohl sie diese mitfinanzieren. Dies wurde erstmals umfangreich in allen 24 EU-Mitgliedstaaten sowie in Island und Norwegen erfasst. Obwohl Arbeitgeber:innen wie bei regulär eingestellten ortsansässigen Arbeitnehmer:innen dazu ver-

pflichtet sind, Sozial- und Krankenversicherungsbeiträge zu zahlen, unterliegt diese allgemeine Regel verschiedenen Ausnahmen und Einschränkungen. Das *Europäische Gewerkschaftsinstitut* fordert hier mehr Rechtssicherheit, um Nicht-EU-Arbeitnehmer:innen besser zu schützen.

### **Belgien: Premierminister Alexander De Croo gegen Regulierung**

Der Vorschlag war vom wallo-nischen Ministerpräsidenten Elio Di Rupo als Maßnahme gegen den akuten Arbeitskräftemangel gekommen. Arbeitsminister Pierre-Yves Dermagne befürwortete Regularisierungen, um „sowohl das Problem der illegalen Einwanderung als auch das Problem des Mangels auf dem Arbeitsmarkt zu lösen“. De Croo lehnte ab und

möchte stattdessen Arbeitslose mobilisieren. Zwar lag die wallo-nische Arbeitslosenquote 2022 mit 8,4 Prozent deutlich höher als in Flandern (3,1 Prozent), viele Menschen dürften aber aus unterschiedlichen Gründen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Zudem gehen demografische Prognosen davon aus, dass der wallo-nischen Wirtschaft in naher Zukunft 50.000 Arbeitskräfte fehlen werden.

**Britische Regierung plant drastische Strafen für Unternehmen und Vermieter:innen (Tagesspiegel)** Um undokumentierte Arbeit und illegale Vermietungen zu bekämpfen, plant die britische Regierung höhere Strafen für Unternehmen und Vermieter:innen, die undokumentierte Migrant:innen beschäftigen oder



unterbringen. Das Innenministerium in London möchte damit Geflüchtete abschrecken, die in Booten den Ärmelkanal überqueren. Der zuständige Staatssekretär Robert Jenrick warf „skrupellosen“ Firmen, die undokumentierte Arbeit erlaubten, vor, das Geschäft des Menschenschmuggels anzutreiben.

Unternehmen sollen mit Strafen von 15.000 bis 45.000 Pfund Sterling (bis rund 52.000 EUR) je illegal beschäftigte Arbeitskraft belegt werden. Die Strafen für Vermietende:innen verzehnfachen sich demnach von 1.000 Pfund Sterling pro Mieter:in auf 10.000 Pfund Sterling.

### **Marokko/Vorarlberg: „Nachhaltiger Tourismus“ für die gesamte Region**

Das Ait Bougmez-Tal in Marokko ist geprägt von Armut und einem niedrigen Bildungsstand in der Bevölkerung. Dies führt zur Abwanderung, vor allem von jungen Menschen. Der Tourismus wird als Hoff-

nungsbranche für die abgelegene Bergregion gesehen. Viele Jugendliche sehen eine Perspektive im Tourismus, doch die bestehenden Bildungsangebote sind für sie aufgrund ihrer Position am Rand der Gesellschaft nicht zugänglich.

Das von der Vorarlberger Landesregierung geförderte Projekt *Nachhaltiger Tourismus in lokalen Händen* wird seit September 2021 umgesetzt.

Das Projekt bietet in 2,5 Jahren eine Basisausbildung im nachhaltigen Tourismus in sieben Modulen an. Bei der Entwicklung des Ausbildungsprogramms wurde großer Wert auf Niederschwelligkeit gelegt. Es kann die gesamte Ausbildung oder auch nur einzelne Module absolviert werden. Vor Ort wurde ein nachhaltiger Gastronomiebetrieb inklusive Shop als Praxisort für die Ausbildung aufgebaut. Hier wurde ein Ort der Begegnung für die lokale Bevölkerung und Reisegäste geschaffen, ein perfekter Lernort für die Auszubildenden und

gleichzeitig Modellbetrieb für das ganze Tal.

### **Frankreich: Nach Streik Zugang zur Regularisierung**

Hunderte von streikenden undokumentierten Arbeitnehmer:innen werden nach Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften, Arbeitgeber:innen und der Stadt Paris nun legalisiert. Die Arbeiter:innen aus verschiedenen Branchen wie Reinigung, Bau oder Lieferung waren in über 30 Unternehmen in der Region Paris in den Streik getreten, um menschenwürdige Arbeitsbedingungen und deren Regularisierung auf der Grundlage des *Circulaire Valls* von 2012 zu fordern – einem Runderlass, der die Kriterien für den Antrag auf Regularisierung definiert. Auch das Thema Olympische Spiele in Paris 2024 wurde thematisiert: „Keine Papiere, keine Olympiade“ so ein Banner der Protestierenden.